



Presseschau vom 09.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Iwan Timofejew: **Peking und Moskau könnten den Widerstand gegen das Diktat des Westens anführen**

Die Länder der Welt könnten die Lehren aus der Geschichte nutzen, um die hegemoniale Macht des Westens zu neutralisieren. Bisher haben China und Russland die Richtlinien gegen die über beide Länder verhängten Sanktionen in Kauf genommen. Aber die Frage ist, wie lange werden sie dies noch tun? ...

<https://kurz.rt.com/34av> bzw. [hier](#)

Polina Duchanowa, Jekaterina Komarowa: **"Tiefgreifende Inkompetenz": Kiew droht westlichen Banken mit Internationalem Strafgerichtshof**

Kiew fordert von den großen europäischen und US-amerikanischen Banken, dass sie ihre Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen, die mit Erdöl aus Russland handeln, abbrechen und ihre Beteiligungen an russischen Öl- und Gasunternehmen verkaufen. Andernfalls werde man diese Banken vor dem Internationalen Strafgerichtshof verklagen. Außerdem würde ihnen die Beteiligung am Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg von den ukrainischen Behörden verwehrt bleiben.

<https://kurz.rt.com/34cg> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Laut US-Sender kommen 70 Prozent der westlichen Waffen nicht bei Truppen an**

Ein Bericht der US-Nachrichtensendung CBS News legt nahe, dass die Fehler, die bereits in Afghanistan, im Irak und in Syrien gemacht wurden, sich wiederholen und Waffen, die in die Ukraine geschickt werden, auf dem Schwarzmarkt landen. Mittlerweile hat CBS News seinen Bericht vom Netz genommen. ...

<https://kurz.rt.com/34bs> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: **Der weitere Zerfall Deutschlands – Eine Vorschau auf den Herbst**

Die Sanktionen wirken sich in Deutschland wesentlich stärker aus als in Russland. Ziel war, über die Zerstörung der russischen Wirtschaft politische Instabilität zu erzeugen. Mit dem Scheitern des Sanktionsregimes droht dies jetzt Deutschland. ...

<https://kurz.rt.com/34e7> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:29 de.rt.com: **Russland verweigert Inspektionen im Rahmen des START-Rüstungskontrollabkommens**

Wie [RIA Nowosti](#) unter Verweis auf eine Mitteilung des russischen Außenministeriums meldet, hat Moskau der US-Regierung mitgeteilt, dass seine Anlagen aufgrund der Politik der "amerikanischen Partner" vorübergehend von den Inspektionen im Rahmen des Vertrags zur Reduzierung strategischer Waffen (START) ausgenommen werden. Dies wurde auf der Website des Außenministeriums [bekannt gegeben](#).

"Die Russische Föderation sieht sich nun gezwungen, zu dieser Maßnahme zu greifen, da

Washington hartnäckig versucht, die Inspektionstätigkeiten auf Umwegen wiederaufzunehmen, und zwar zu Bedingungen, die den bestehenden Gegebenheiten nicht Rechnung tragen, den USA einseitige Vorteile verschaffen und Moskau faktisch das Recht nehmen, Inspektionen auf amerikanischem Hoheitsgebiet durchzuführen", heißt es in der Erklärung.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung in Übereinstimmung mit Abschnitt I, Absatz 5 des fünften Kapitels des START-Protokolls getroffen wurde.

Moskau habe Washington darauf hingewiesen, dass die Sanktionen gegen die Parität bei Inspektionen im Rahmen des START-Abkommens verstießen, aber keine Antwort erhalten. Die restriktiven Maßnahmen beraubten Russland de facto des Rechts auf Inspektionen in den Vereinigten Staaten, erklärten die Diplomaten.

Das Außenministerium bezeichnete die Entscheidung als vorübergehend und betonte, dass sie unverzüglich aufgehoben werde, sobald die ausländischen Partner alle Probleme im Zusammenhang mit den Inspektionstätigkeiten beseitigt hätten.

"Wir sind der Meinung, dass die Parteien unter den gegenwärtigen Umständen auf bewusst kontraproduktive Versuche verzichten sollten, die Wiederaufnahme der Inspektionstätigkeiten im Rahmen des START-Abkommens künstlich zu erzwingen, und sich auf eine gründliche Ausarbeitung aller bestehenden Probleme in diesem Bereich konzentrieren sollten", so das Ministerium abschließend.

START III läuft im Jahr 2026 aus. Moskau und Washington begannen mit den Verhandlungen über die Parameter des neuen Vertrages, unterbrachen den Dialog jedoch nach dem Beginn der Sonderoperation in der Ukraine. Nach Angaben des Außenministeriums sind die USA bereit, eine neue Runde des strategischen Dialogs mit Russland in Erwägung zu ziehen, wollen aber Beweise für den guten Willen des Landes sehen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrats Dmitri Medwedew, der an der Unterzeichnung des Abkommens im Jahr 2010 beteiligt war, bezeichnete den Zeitpunkt für Verhandlungen über eine Verlängerung des aktuellen Abkommens oder den Abschluss eines neuen Abkommens als "denkbar ungünstig".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f15cdf48fbef268a4f42c4.jpg>

Kopf einer Interkontinentalrakete, Titan Missile Museum, Green Valley, Tucson, Arizona/USA

22:05 de.rt.com: **Libanon: Annahme des ukrainischen Getreides vom Käufer verweigert**

Der Frachter Razoni, der am 1. August nach dem in Istanbul ausgehandelten Getreide-Deal als erstes Schiff den Hafen von Odessa verlassen hatte, ist nicht in seinem Bestimmungshafen im libanesischen Tripoli eingelaufen. Wie die ukrainische Botschaft in Beirut über soziale Medien [mitteilte](#), hatte der libanesischer Käufer die Annahme von knapp 27.000 Tonnen Mais verweigert, die von der Razoni transportiert worden waren, unter Berufung auf eine über fünfmonatige Verspätung der Lieferung:

"Nach Angaben des Lieferanten hat der Endkäufer in Libanon sich auf Grund einer

verspäteten Lieferung (über fünf Monate) geweigert, die Fracht anzunehmen. Der Lieferant ist auf der Suche nach einem neuen Käufer. Dieser kann aus Libanon oder aus einem anderen Staat stammen."

Die unter der Flagge von Sierra Leone segelnde Razoni liegt derzeit nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS vor der türkischen Küste am Anker in Erwartung eines neuen Käufers für das Getreide.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f1636b48fbef268a4f42c9.jpg>

Frachter Razoni, 3. August

22:15 de.rt.com: **Peking: Hinter Pelosis Taiwan-Provokation steckt Washingtons Wunsch nach mehr Militär**

Der Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi auf der Insel Taiwan, die völkerrechtlich als chinesisches Territorium gilt, hatte eine scharfe Reaktion seitens der chinesischen Regierung hervorgerufen. Laut Peking habe es sich um einen Vorwand handeln können, um mehr Militär in der Region zu stationieren.

Peking hat angedeutet, dass der Taiwan-Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi Teil eines "Tricks" der USA gewesen sein könnte, um einen Vorwand zu schaffen, mehr Militär in der Region zu stationieren.

In einer Erklärung, die während seines Besuchs in Bangladesch abgegeben und am Sonntag veröffentlicht wurde, sagte der chinesische Außenminister Wang Yi, es gebe Anzeichen dafür, dass die Vereinigten Staaten versuchen würden, "ihre alten Tricks zu wiederholen". Der Diplomat erklärte, dass Washington in der Vergangenheit "zuerst ein Problem geschaffen und es dann benutzt hat, um seine eigenen strategischen Pläne" in anderen Teilen der Welt zu verwirklichen.

Nach Ansicht des chinesischen Ministers sollten sich die regionalen Akteure der Verstärkung der US-amerikanischen Militärpräsenz in der Nähe von Taiwan widersetzen. Peking erinnerte Washington daran, dass "Taiwan nicht zu den Vereinigten Staaten, sondern zu Chinas Territorium gehört" und dass die USA mit der Genehmigung des Besuchs von Pelosi ihr zuvor bekundetes Bekenntnis zur territorialen Integrität Chinas gebrochen hätten.

Wang bezeichnete die scharfe Reaktion Chinas, die unter anderem Sanktionen vorsieht, als "legitim, vernünftig, rechtmäßig, notwendig, offen und angemessen". Er fügte hinzu, dass die fraglichen Maßnahmen darauf abzielen, den Versuch der USA zu verhindern, "Taiwan zu benutzen, um China zu kontrollieren".

Chinas Spitzendiplomat argumentierte, Pelosis Besuch ermuntere separatistische Kräfte, die die Unabhängigkeit Taiwans unterstützen. Als drittrangige Person in der US-Regierung habe sich Pelosi mit Separatisten verbündet und gegen das chinesische Volk gehandelt, sagte er. Der Außenminister bezeichnete den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen als "goldene Regel" für die Beziehungen zwischen den Staaten.

"Heute, wo einseitige Einmischung von Zeit zu Zeit an der Tagesordnung ist, sollte die internationale Gemeinschaft einen klareren Konsens in dieser Frage bilden, eine stärkere Stimme erheben, gemeinsam die grundlegenden Normen des Völkerrechts schützen und gemeinsam die legitimen Rechte und Interessen aller Entwicklungsländer wahren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f10207b480cc4e7b11514d.jpg>

22:29 de.rt.com: **Don't Pay UK: Britische Kampagne ruft zum Zahlungsboykott von Energierechnungen auf**

Die Initiative "Don't Pay UK" will eine Million Stimmen sammeln, um gemeinsam ab dem 1. Oktober Lastschriften zu verweigern. Der Deutsche Mieterbund warnt: Mindestens ein Drittel der deutschen Geringverdiener könnte nicht in der Lage sein, die immer höher werdenden Energierechnungen zu bezahlen.

Weltweit machen sich aufgrund der Tatsache, dass immer mehr Bürgern, auch in Europa und Deutschland, das notwendige Geld fehlt, um die monatlichen Lebenshaltungskosten finanzieren zu können, immer mehr Menschen große Sorgen vor den Wintermonaten.

Mit inflationsbedingten Preiserhöhungen auf der einen Seite sowie den immensen Steigerungen der Energiekosten auf der anderen Seite erfahren Millionen Europäer forcierte Zukunftsängste. Eine Bürgerinitiative im Vereinigten Königreich (United Kingdom – UK) hat nun eine Protestseite ins Leben gerufen, die sich "Don't Pay UK" nennt. Die Initiatoren gehen davon aus, dass bis zum Winter rund 6,3 Millionen britische Haushalte in [Energiearmut](#) geraten könnten.

Über diesen Aufruf wird der britischen Regierung ein Ultimatum bis zum 1. Oktober gestellt für eine sofortige Senkung der hohen Lebenshaltungskosten im Land. Sollte diese verstreichen, werden die Bürger aufgerufen, ihre Rechnungen nicht zu bezahlen. Dieser Schritt wäre jedoch vom Erfolg der dazugehörigen Kampagne abhängig. Dazu heißt es auf der eingerichteten [Webseite](#) zu den notwendigen Schritten des Aufrufs:

- *Unterstützung aufbauen: Damit dies funktioniert, wollen wir, dass sich eine Million Menschen beteiligen. Das ist eine große Zahl, aber diese Krise ist es auch.*
- *Im Moment richten wir E-Mail-Listen ein und informieren die Menschen auf Telegram, TikTok, Instagram, Reddit und Twitter über diese Aktion.*
- *Wir organisieren Zoom-Anrufe, persönliche Treffen und sprechen mit unseren Freunden und Nachbarn, drucken Flugblätter und Aufkleber und bringen die Menschen zusammen.*

Das eindeutig definierte und anvisierte Ziel ist es, am Ende eine Million Zusagen der Unterstützung gesammelt zu haben. Zu der provokanten Aufforderung einer Listung und Teilnahme heißt es auf der Webseite:

"Das war uns von Anfang an klar: Wir machen das nur, wenn wir eine kritische Masse von Menschen erreichen, die sich verpflichten, ihre Rechnungen ab dem 1. Oktober zu kündigen. So viele brauchen wir, um den Energieunternehmen und der Regierung, die uns an der Nase herumführen, ernsthaft die Stirn zu bieten."

Eine Million hört sich nach viel an, aber Millionen von Menschen werden bereits darüber nachdenken, ob sie im Winter in der Lage sein werden, ihre Rechnungen zu bezahlen und sich die anderen Dinge zu leisten, die sie zum Überleben für sich und ihre Familien brauchen."

Die Macher der Kampagne erinnern an die Tatsache, dass die Idee der massenhaften "Nichtzahlung" nicht neu ist. In den späten 1980er- und 1990er-Jahren weigerten sich im Vereinigten Königreich mehr als 17 Millionen Menschen, die „Poll Tax“ (Kopfsteuer) zu zahlen – und trugen so dazu bei, die damalige Regierung zu stürzen und ihre härtesten Maßnahmen rückgängig zu machen. Die damalige Kampagne hieß: "Can't pay, won't pay" (frei übersetzt: Ich kann und werde nicht zahlen).

Die damalige Zahlungsunwilligkeit der UK-Bürger stieg dermaßen an, dass im letzten Jahr der Existenz der sogenannten Kopfsteuer, 1992/93, die betroffenen Gemeinden "an erstaunliche 88 Prozent der in Rechnung gestellten Personen eine Mahnung schicken mussten". 28 Prozent erhielten daraufhin Mahnbescheide, 22 Prozent bekamen Haftungsbescheide und neun Prozent ließen den Gerichtsvollzieher kommen. Im Jahre 1999 musste dann final die damalige Regierung "bis zu fünf Milliarden Pfund an Rückständen abschreiben", so [Informationen](#) eines Artikels des britischen Guardian. Statistiken belegen, dass im März 1997 in England und Wales "noch 550 Millionen Pfund an Kopfsteuer ausstanden".

Final heißt es auf der Webseite als ausgerufenes Ziel der Don't-Pay-UK-Kampagne: "Wenn die Regierung und die großen Energieunternehmen unsere Rechnungen am 1. Oktober nicht auf ein erschwingliches Niveau gesenkt haben und eine kritische Masse zugesagt hat, ihre Rechnungen zu stornieren, stornieren wir sie alle am selben Tag.

Das kann nur funktionieren, wenn wir aneinander glauben und den Machthabern zeigen, dass wir es nicht hinnehmen, als Melkkühe behandelt zu werden."

Im April stieg die durchschnittliche jährliche Gas- und Stromrechnung im Vereinigten Königreich von 1.400 Pfund (1.670 Euro) im Oktober 2021 auf 2.000 Pfund (2.390 Euro), nachdem die Regierung die Preisobergrenze aufgehoben hatte, mit der die Anbieter die Preise für ihre Kunden begrenzt hatten.

Ähnliches ist in Deutschland zu beobachten. Der Deutsche Mieterbund (DMB) informiert, dass "mindestens ein Drittel der deutschen Geringverdiener nicht in der Lage sein könnten, die immer höher werdenden Energierechnungen zu bezahlen". Betroffen seien vor allem Menschen, die knapp oberhalb staatlicher Hilfsleistungen liegen, so Verbandspräsident Lukas Siebenkotten laut der dpa. Die Äußerungen wurden getätigt, nachdem Klaus Müller, der Chef der Bundesnetzagentur, der deutschen Gasregulierungsbehörde, davor gewarnt hatte, dass "die Verbraucher mindestens 20 % des Gases einsparen sollten, um Engpässe während des Winters zu vermeiden".

Hilfreich seien laut Siebenkotten "eine Reform des Wohngelds und ein besserer Kündigungsschutz". Zudem müssten eine jährliche Heizkostenpauschale und eine Klimakomponente ins Wohngeld eingebaut werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0e361b480cc4b0d56abcb.jpg>

Kosten zum Überleben – die Party ist vorbei: Eine Demonstrantin protestiert im Februar 2022 in London gegen steigende Energierechnungen, inflationsbedingte Preissteigerungen und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge.

22:29 de.rt.com: **China will nach Pelosi-Provokation "regelmäßige Übungen" vor Taiwan durchführen**

Der Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi auf der Insel Taiwan, das völkerrechtlich zu China gehört, hat ernste Konsequenzen für die Inselbehörden, deren Ziel eine "Unabhängigkeit" von China ist.

Das chinesische Militär wird von nun an "regelmäßige" Übungen auf der östlichen Seite der Mittellinie der Straße von Taiwan durchführen, berichtete das chinesische Staatsfernsehen am Sonntag laut Reuters.

Die Mittellinie ist eine inoffizielle Kontrolllinie zwischen China und Taiwan, die von Kriegsschiffen und Militärflugzeugen beider Seiten normalerweise nicht überschritten wird. Als Reaktion auf den Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan hat Peking in dieser Woche groß angelegte Militärübungen mit scharfer Munition durchgeführt.

Chinesische Kriegsschiffe und Kampffjets trainierten am Samstag weiterhin Angriffe und amphibische Landungen vor der Küste Taiwans. Chinesische Staatsmedien bezeichneten die Übungen wiederholt als Probe für eine "Operation zur Wiedervereinigung mit Gewalt", während Taipeh argumentierte, die Manöver kämen einer Blockade der Insel gleich. Das taiwanesisches Verteidigungsministerium erklärte, seine Marine verfolge die Bewegungen der chinesischen Schiffe.

"Unsere Maßnahmen sind entschlossen, stark und verhältnismäßig", sagte der chinesische Außenminister Wang Yi am Samstag vor Reportern und fügte hinzu, dass die Übungen im Einklang mit dem internationalen Recht durchgeführt würden. Ziel der Übungen sei es, den "taiwanesischen Unabhängigkeitskräften" eine Lektion zu erteilen.

Ein Sprecher des Weißen Hauses bezeichnete die Übungen um Taiwan als "eine bedeutende Eskalation in Chinas Bemühungen, den Status quo zu verändern".

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Sichtweise. Die USA hatten sich zwar in den 1970er-Jahren gleichfalls offiziell zu diesem Prinzip bekannt – wie auch die taiwanesisches Führung selbst Anfang der 1990er-Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek 1949 auf die Inselgruppe zurück, wo sie beanspruchten, die alte "Republik China" gegen die Kommunisten auf dem Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesisches Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein gänzlich neuer Staat geworden ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0aa94b480cc7118674b71.jpg>

22:33 de.rt.com: **Mehrere Stadtteile von Donezk unter ukrainischem Beschuss – mindestens ein Toter durch Antipersonenminen**

Wie der Telegram-Kanal der Donezkoje agentstwo nowostej (Donezker Nachrichtenagentur) [meldet](#), wurde ein Zivilist im Donezker Stadtteil Kujbyschewski von einer Lepestok-Mine ("PFM-1") in die Luft gesprengt.

"Ein Mann wurde durch eine PFM-1-Mine in der Semjonow-Tianshan-Straße im Kujbyschewski-Bezirk von Donezk in die Luft gesprengt", teilte das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der Donezker Volksrepublik (DVR) in einer Erklärung mit.

Aber auch in anderen Stadtteilen von Donezk werden von ukrainischen Einheiten diese Antipersonenminen gegen Zivilisten eingesetzt. Allein 66 "Lepestok"-Antipersonenminen, die vom ukrainischen Militär auf dem Gelände des regionalen psychiatrischen Krankenhauses im Kirowski-Bezirk von Donezk abgeworfen wurden, wurden inzwischen gefunden, wie ein Korrespondent von [RIA Nowosti](#) berichtet.

Derweil hat der Beschuss von Donezk nicht aufgehört. Korrespondenten von RIA Nowosti [beobachteten](#) im Kiewski-Stadtteil den Brand im Gebäude einer Möbelfabrik, nachdem es von einer Granate der ukrainischen Streitkräfte getroffen worden war.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f16d1e48fbef20aa52cde7.jpg>

Ukrainische "Lepestok"- ("Blütenblatt") Antipersonenmine

22:46 de.rt.com: **Bericht: Putins ehemaliger Sonderbeauftragter zur Rehabilitation nach Deutschland gereist**

Der nach Beginn des Ukraine-Kriegs zurückgetretene Politiker Anatoli Tschubais wurde in Sardinien wegen einer Nervenkrankheit behandelt. Nun soll er zur Rehabilitation nach Frankfurt gereist sein.

Anatoli Tschubais, Ex-Geschäftsführer des staatlichen Nanotechnologie-Unternehmens Rosnano und ehemaliger Sonderbeauftragter des russischen Präsidenten für Beziehungen zu internationalen Organisationen, sei zur Rehabilitation nach Deutschland gereist. Darüber berichtete die Agentur TASS mit Verweis auf eine mit der Situation vertrauten Quelle. Zuvor war Tschubais in einer Klinik in Sardinien behandelt worden. Auch die italienische Zeitung La Repubblica schrieb, dass Tschubais das Krankenhaus von Olbia verlassen habe. Der 67-Jährige habe positiv auf die Medikation reagiert und sei nach Frankfurt geflogen, wo er weiter behandelt werde.

Der Politiker und Ökonom wurde in einer Klinik auf Sardinien behandelt, wo er zuvor Urlaub gemacht haben soll. Die ehemalige russische Präsidentschaftskandidatin und Moderatorin Xenija Sobtschak meldete Ende Juli unter Berufung auf Tschubais' Ehefrau, der 67-Jährige sei in "nicht stabilem Zustand" auf eine Intensivstation gebracht worden. "Ihm wurde schlecht. Seine Arme und Beine erlahmten plötzlich."

Angesichts dieser Beschreibungen entbrannten in sozialen Netzwerken Spekulationen darüber, ob der einstige Vertraute des russischen Präsidenten möglicherweise vergiftet worden sein könnte. Später schrieb Sobtschak, dass Ärzte bei Tschubais das Guillain-Barré-Syndrom diagnostiziert hätten. Außerdem [veröffentlichte](#) sie erste Fotos des Politikers.

Das Syndrom ist eine seltene Autoimmunerkrankung. Dabei verliert der Betroffene teilweise die Kontrolle über die Muskeln in den Extremitäten. Die genauen Ursachen des Syndroms sind unbekannt, in den meisten Fällen tritt die Nervenerkrankung nach bakteriellen und viralen Infektionen auf. Vor einem Jahr entdeckten Ärzte den ersten Beweis dafür, dass das Syndrom als eine Komplikation einer COVID-19-Erkrankung auftreten kann.

Tschubais ist langjähriger Politiker. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war er für Wirtschaftsreformen verantwortlich und stieg im Jahr 1997 für kurze Zeit auch zum Finanzminister auf. Ab 2020 hatte er das Amt als Sonderbeauftragter des Kreml inne, das er Ende März dieses Jahres niederlegte, rund einen Monat nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine. Medienberichten zufolge war er mit dem Krieg nicht einverstanden. Aus dem Kreml hieß es damals lediglich, Tschubais sei "auf eigenen Wunsch" gegangen.

Kremlsprecher Dmitri Peskow kommentierte die Meldungen zu Tschubais'

Krankenhausaufenthalt: "Das ist natürlich eine traurige Nachricht, wir wünschen ihm eine baldige Genesung."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0dd7ab480cc405e3d8b27.jpg>

Anatoli Tschubais beim Sankt Petersburger Wirtschaftsforum im Juni 2021

22:54 de.rt.com: **Siemens Energy verlässt Russland**

Der deutsche Energietechnikkonzern Siemens Energy will sich Ende des Geschäftsjahres 2022 vollständig aus Russland zurückziehen, aber er könne Ausrüstungen der Pipeline Nord Stream 1 weiter warten. Außerdem werden Verluste von 400 Millionen Euro erwartet.

Der deutsche Energietechnikkonzern Siemens Energy hat am Montag seinen [Bericht](#) für das dritte Quartal des Geschäftsjahres 2022, also April bis Juni, veröffentlicht. Das Unternehmen geht davon aus, dass die Umstrukturierung in Russland bis Ende des Geschäftsjahres 2022 abgeschlossen sein werde.

Im Bericht heißt es:

"Diese Restrukturierung wird voraussichtlich bis Ende dieses Geschäftsjahres ohne weitere wesentliche finanzielle Auswirkungen abgeschlossen sein."

Im Bericht wird festgestellt, dass die EU-Sanktionen gegen Russland erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Unternehmens in Russland haben. Daher sei das Geschäft nicht mehr rentabel.

Siemens Energy hatte im dritten Quartal die Umstrukturierung seines Geschäfts in Russland begonnen. Dabei hatte das Unternehmen bereits einen Verlust von rund 200 Millionen Euro erlitten. Am Ende des Geschäftsjahres 2022 wird Siemens Energy voraussichtlich rund 400 Millionen Euro verlieren, berichtet die russische Nachrichtenagentur Interfax.

Dennoch lasse das Unternehmen zu, dass es nach dem Rückzug aus Russland weiterhin Ausrüstungen für die Pipeline Nord Stream 1 warten könne, um eine stabile Gasversorgung nach Europa zu gewährleisten, schreibt TASS unter Berufung auf den Vorstandsvorsitzenden von Siemens Energy, Christian Bruch.

Siemens Energy ist eine Tochtergesellschaft des deutschen Konzerns Siemens AG. Das Unternehmen war im Jahr 2020 durch eine Abspaltung entstanden. Siemens Energy ist auf Gas- und erneuerbare Energietechnologien spezialisiert.

Im Mai hatte Siemens damit begonnen, alle Produktions- und Betriebsaktivitäten in Russland einzustellen. Siemens Energy besitzt in Russland Siemens Transformers und 65 Prozent von Siemens Gas Turbines Technologies, einem Joint Venture mit Power Machines.

Siemens und Sinara Transport Machines haben auch ein Joint Venture namens Ural Locomotives, das in Russland beliebte Lastotschka-Elektrozüge herstellt. Nach dem Rückzug von Siemens wird die staatliche Eisenbahngesellschaft Russlands die Züge warten.

Siemens Energy ist auch einer der Hauptlieferanten von Energieanlagen in Russland. Siemens Gamesa, ein Teil von Siemens Energy, war ein Partner des Energiekonzerns Enel, mit dem das Unternehmen gemeinsam Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien in Russland umsetzte.

Außerdem liefert Siemens Gasturbinen für die Pipeline Nord Stream 1. Derzeit gibt es Streitigkeiten zwischen Gazprom und Siemens über die Übergabe der Turbine an Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f11746b480cc1ad446f06b.jpg>

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Energiekrise in der Schweiz: Bürger sind aufgerufen, sich mit Kerzen und Brennholz einzudecken**

Stromausfälle sowie Vorräte an Kerzen und Brennholz – so kann der kommende Winter in der Schweiz aussehen. Der Präsident der Elektrizitätskommission des Landes warnt die Bürger vor den schwierigen Wintermonaten und rät ihnen, sich auf das Worst-Case-Szenario vorzubereiten.

In einem [Interview](#) mit der Neuen Zürcher Zeitung warnt der Präsident der Schweizerischen Elektrizitätskommission, Werner Luginbühl, vor einem schwierigen Winter, was die Stromversorgung angeht - und gibt Ratschläge, wie man ihn überstehen kann.

Ihm zufolge sei die Lage im Land angespannt und "im schlimmsten Fall" müsse man "tatsächlich damit rechnen, dass es im nächsten Winter zu gebietsweisen Stromabschaltungen kommt, wenn auch nur stundenweise". Der ehemalige Berner Ständerat empfiehlt daher, "Vorkehrungen" zu treffen. Er sagt:

"Da ist es sicher ratsam, genügend Kerzen im Haus zu haben. Und wer einen Holzofen hat, sollte sich mit genügend Brennholz eindecken."

Auf die Frage des verblüfften Journalisten, ob er selbst etwas unternommen habe, antwortet

der Präsident der Elektrizitätskommission:

"Ich habe mehr Brennholz als sonst bestellt. Taschenlampe und Batterien sind auch parat."

Es bestehe das Risiko, dass Europa im Winter in eine großflächige Strom- und Gasmangellage gerate. Frankreich, einer der Schweizer Hauptlieferanten, würde in diesem Winter dann nicht genügend Strom liefern, so Luginbühl – wegen der Probleme mit den Atomkraftwerken. So werde es knapp mit der Energieversorgung. Angeblich könnte im Winter etwas mehr als ein Zehntel des gesamten Stromverbrauchs fehlen.

Allerdings beruhigt der Präsident der Elektrizitätskommission auch und meint, Angst müsse man keine haben, die "Situation wäre zu bewältigen":

"Die Schweiz ist glücklicherweise in einer viel besseren Situation als viele

Entwicklungsländer. Wir können mit der Wasserkraft 60 Prozent unseres Verbrauchs im Inland produzieren. Rund ein Drittel des Stromverbrauchs stammt von den Kernkraftwerken.

Und dann gibt es tatsächlich einen Rest von 5 bis 10 Prozent, den wir importieren müssen.

Dort liegen für uns die größten Risiken: Dass wir diesen Teil des Stroms im nächsten Winter nicht in Europa beschaffen können."

Die sich immer weiter drehende Spirale der Energiekrise in der Schweiz hat die lokalen Politiker vor die Herausforderung gestellt, wie sie den bevorstehenden Winter bei Strommangel überstehen können. Es besteht die Gefahr wenigstens teilweiser Stromausfälle. Laut der NZZ am Sonntag erwägen Bundespolitiker einschneidende Maßnahmen, sollte die Mangellage eintreten: So soll die Straßenbeleuchtung reduziert und das Licht in Schaufenstern sowie Leuchtreklamen abgeschaltet werden.

Die Schweizer Zeitung 20 Minuten schreibt am 8. August:

"Aus der Politik gibt es viele Vorschläge. Der Grünliberale Martin Bäumle will den Verkauf von Stromfressern wie Elektroöfen stoppen. SVP-Nationalrat Albert Rösti kann sich eine freiwillige Beschränkung beim Heizen auf 22 Grad vorstellen. Die Heizung im öffentlichen Verkehr wollen einige um drei Grad senken."

Zur Debatte stehen auch das Verbot des Einsatzes von Schneekanonen sowie das Abstellen von Rolltreppen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0eff9b480cc486470357f.jpg>

7:50 de.rt.com: **Moskau über Kiews Versuch, Beschuss des AKW Saporoschje auf Russland abzuwälzen: "Gesunder Menschenverstand hat die ukrainische Führung endgültig verlassen"**

Russland ist erstaunt über den Zynismus des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, der russische Truppen beschuldigt, das Atomkraftwerk Saporoschje beschossen zu haben.

Dies brachte Igor Wischnewezki, stellvertretender Direktor der Abteilung für

Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle des russischen Außenministeriums, am Montag auf der Konferenz zur Überprüfung des Kernwaffen-Nichtverbreitungsvertrags zum Ausdruck.

Hier zitiert ihn die [TASS](#):

"Der Zynismus der Äußerungen aus Kiew einschließlich der Aussage von Selenskij, dass

russische Truppen das AKW Saporoschje angegriffen hätten, ist frappierend. Man hat den Eindruck, dass die derzeitige ukrainische Führung vom gesunden Menschenverstand vollends verlassen wurde. Sie versuchen alle davon zu überzeugen, dass russische Truppen sich selbst beschießen, denn gerade sie bewachen ja die Anlage jetzt. Gleichzeitig behaupten die Kiewer Propagandisten, dass angeblich ein Vertreter des russischen Staatskonzerns Rosatom diesen Beschuss koordiniere, um das AKW Saporoschje vom ukrainischen Energiesystem abzuschneiden."

Weiteren Unmut äußerte der Diplomat über die Bereitwilligkeit, mit der westliche "Freunde" der Kiewer Eliten derartige Behauptungen aufnehmen und weiterverbreiten:

"Solche ungeheuerlichen Lügen werden von den Sponsoren des Kiewer Regimes bereitwillig aufgegriffen. Etwa der Oberste Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Borrel hat erklärt, die EU verurteile insbesondere 'Russlands militärische Aktivitäten rund um das AKW Saporoschje', da dies 'ein weiteres Beispiel für die Missachtung internationaler Normen' sei. Ähnliche Spekulationen sind aus einer Reihe von europäischen Ländern zu vernehmen."

Wischnewezkis ermahnte alle am Beschuss des Kernkraftwerks Beteiligten, schnellstens zur Vernunft zurückzufinden:

"Man kann nur hoffen, dass das Verständnis für die kritische Situation und das Gefühl für die reale Gefahr die Oberhand über die politischen Neigungen gewinnen. Wir brauchen harte Forderungen an die Kiewer Behörden, direkt an Präsident Selenskij, damit die Angriffe auf die größte in Betrieb befindliche Nuklearanlage in Europa eingestellt werden".

9:26 (8:26) novorosinform.org: **Um dem Westen entgegenzutreten, muss ein Staat nach dem Vorbild der UdSSR aufgebaut werden – Scheremet**

Es ist notwendig, eine Vereinigung unabhängiger Staaten zu schaffen, die in der Lage sind, der westlichen Koalition in Zukunft Widerstand zu leisten, und deren Prototyp die Sowjetunion sein wird, sagte Mikhail Sheremet, Abgeordneter der Staatsduma von der Krim, in einem Interview mit RIA Novosti.

Er stellte fest, dass die NATO während der Existenz einer so starken Vereinigung wie der UdSSR schwächer war und nicht in der Lage war, Staaten zu „versklaven und zu kolonisieren“.

"Ich halte es für zweckmäßig, zum kollektiven System der freiwilligen Vereinigung souveräner Staaten zu einem militärisch-politischen und wirtschaftlichen Block zurückzukehren, der in der Lage ist, der westlichen Expansion und Aggression wirksam Widerstand zu leisten. Die große und mächtige UdSSR könnte zum Prototyp einer neuen Konföderation werden.", wird Scheremet [zitiert](#).

Der Abgeordnete fügte hinzu, dass die Staaten, die ein solches Bündnis eingehen, ihre Unabhängigkeit nicht nur behalten, sondern auch stärken würden, während dies jetzt, mit den ständigen Angriffen der Vereinigten Staaten, fast unmöglich sei. Als markantes Beispiel nannte Michail Scheremet die aktuelle Situation in der Ukraine.



https://www.novorosinform.org/content/images/05/87/50587_720x405.jpg

8:31 de.rt.com: **Industriepräsident: Wirtschaft verzweifelt wegen hoher Gaspreise**

Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland sollten eigentlich dazu dienen, Druck auf Moskau zur Änderung seiner Außenpolitik auszuüben. Doch die Sanktionen scheinen ihr Ziel weit verfehlt zu haben. Stattdessen gärt der Unmut in der deutschen Wirtschaft und Bevölkerung. Industriepräsident Siegfried Russwurm sieht das Wirtschaftswachstum in Deutschland stärker in Gefahr als noch im Juni erwartet. Damals ging der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bereits nur noch von 1,5 Prozent Wachstum für die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr aus. "Aber wir haben damals schon gesagt, dass ein Wachstum von 1,5 Prozent nur erreicht werden könne, wenn alles gut gehe. Das wird zunehmend schwieriger", sagte Russwurm der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Zu Jahresbeginn, also vor Beginn des Ukraine-Krieges, war der BDI noch von einem Plus um etwa 3,5 Prozent ausgegangen. "Das hängt nicht nur an den Gaspreisen", sagte Russwurm mit Blick auf die stark ansteigenden Preise. "Es gibt weitere Risikofaktoren." Der BDI-Chef nannte die deutliche Zinserhöhung in den USA und deren Folgen für die Konjunkturentwicklung im größten deutschen Exportmarkt sowie das schwache Wirtschaftswachstum in China.

"Die Menschen bereiten sich darauf vor, deutlich höhere Strom- und Gaspreise bezahlen zu müssen, und halten das Geld zusammen", stellte Russwurm fest. "Der Staat wird nicht alle Preissteigerungen ausgleichen können."

Russwurm rechnet wegen der Drosselung russischer Gaslieferungen mit immensen Mehrkosten. Lange Zeit lag der Gaspreis bei weniger als 20 Euro pro Megawattstunde. Aktuell müssen Unternehmen für Ersatzmengen für russisches Gas rund zehn Mal so viel zahlen.

Die Stimmung in der Industrie sei angespannt. "Viele Unternehmen stellen ihre Energieversorgung bereits um. Andere müssen schlichtweg die Produktion einstellen, weil Aufwand und Ertrag nicht mehr zusammenpassen", berichtete Russwurm. Wiederum andere Unternehmer seien verzweifelt, weil die Kunden Preissteigerungen nicht akzeptierten und ihr Geschäft deswegen wegbreche.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f1f2d448fbef24620fc55b.jpeg>

8:59 de.rt.com: **Pentagon: Stabile Versorgung der Ukraine mit Raketenmunition hergestellt, weitere Werfer unnötig**

Die Vereinigten Staaten haben eine stabile Versorgung der Ukraine mit Raketengeschossen für die HIMARS-Mehrfachwerfer auf Lkw-Plattform aufgebaut und bereits "viele Hunderte Stück" dieser Munition geliefert. Washington habe vor, dies auch in Zukunft so fortzusetzen. Das sagte der stellvertretende Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im US-Verteidigungsministerium Colin Kahl am Montag bei einer [Pressekonferenz](#) zum neuen Militärhilfepaket Washingtons für Kiew:

"Wir befinden uns jetzt in einem Rhythmus, in dem die Lieferungen in regelmäßigen Abständen erfolgen."

Es sei zu erwarten, dass solche Munition auch im nächsten US-Militärhilfepaket für Kiew enthalten sein werde. Wie viele Raketeneschosse für HIMARS in dem aktuellen Paket enthalten sind, wollte Kahl nicht präzisieren:

"Wir haben in den vergangenen Wochen viele Hundert dieser Systeme geliefert, aber ich werde nicht auf die genaue Anzahl im aktuellen Paket eingehen."

"Wir haben nie eine genaue Anzahl von Raketen angegeben. Wir wollen die Russen nicht zu allen Details in Kenntnis setzen."

Darüber hinaus stellte Kahl klar, dass Washington keine Notwendigkeit sieht, die Lieferungen von HIMARS-Werfern selbst an Kiew auszuweiten, da Kiews Truppen sie nicht als typische flächendeckende Raketenartillerie, sondern als hochpräzise Gefechtsfeldraketen kurzer Reichweite nutzen:

"Wir haben 16 HIMARS-Systeme geliefert. Das sind eigentlich ziemlich viele. Wir gehen davon aus, dass man nicht Hunderte dieser Systeme benötigt, um Wirkung zu erzielen. Es handelt sich um hochpräzise Systeme und so werden sie auch von den Ukrainern eingesetzt." Stattdessen liegt das Augenmerk auf mehr Lieferungen von Munition für Haubitzen im Kaliber 155 Millimeter – 75.000 Schuss sind Teil dieses jüngsten Hilfspakets.

Allerdings scheint das Pentagon die Lieferung weiterer Werfer zum Verschießen der genannten Raketen vielmehr seinen NATO-Verbündeten zu überlassen. Kahl selbst zufolge habe London Kiew bereits drei Mehrfachwerfer auf Kettenfahrzeug M270 MLRS zur Verfügung gestellt, während Berlin drei weitere Systeme zugesagt habe.

Außerdem ist nicht klar, ob auf diese Art nicht geflunkert wird, um keine Gegeneskalation von russischer Seite zu provozieren. So wurde am Dienstagmorgen, einen Tag nach Kahls Pressekonferenz, im rumänischen Focșani eine Kolonne aus zehn HIMARS-Werferfahrzeugen und einem Artillerieradar gesichtet, so das Luftfahrt- und Militärnachrichtenportal Avia.pro. Focșani liegt lediglich 85 Kilometer vom ukrainischen Gebiet Odessa entfernt. Und exakt in Richtung der ukrainischen Grenze – allerdings in Richtung des Gebiets Tschernowzý – soll die [Kolonne](#) unterwegs gewesen sein. Dabei sei jegliche Information zur Fortbewegung der Fahrzeuge mit ihrer Näherung an die Grenze

zunehmend rar geworden, schreibt [Avia.pro](https://avia.pro). Dies lasse den Schluss zu, dass die Mehrfachwerfer in die Ukraine unterwegs waren.



https://avia.pro/sites/default/files/snimok_2197.jpg

Kolonne aus 10 Himars-Systemen, nur 85 Kilometer von der Grenze zur Ukraine entfernt

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 9.8.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 4 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Während des 8. August haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Purdowka und Pschenitschnoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:23 de.rt.com: Selenskij erkennt indirekt Demokratie in Russland an und fordert Sippenhaft für alle Russen weltweit

Wladimir Selenskij hat es geschafft, in einem einzigen Interview gleichzeitig die Demokratie in Russland anzuerkennen und dabei eine Sippenhaft für alle Russen zu fordern, einschließlich derer, die gegen Russlands Intervention in den Ukraine-Konflikt protestieren. Westliche Länder sollten allen Russen die Einreise in ihr Hoheitsgebiet für mindestens ein Jahr verbieten, so der ukrainische Präsident. Diese Meinung äußerte er in einem am Montag veröffentlichten Interview an die [Washington Post](https://www.washingtonpost.com). Er argumentierte:

"Die wichtigsten Sanktionen bestehen in der Schließung der Grenzen, weil die Russen Land wegnehmen, das jemand anderem gehört."

Russen sollen also "in ihrer eigenen Welt leben, bis sie ihre Philosophie ändern."

Nach seiner Meinung müsse man überhaupt "die gesamte Bevölkerung" Russlands zur Verantwortung ziehen:

"Es ist die Bevölkerung, die diese Regierung gewählt hat, und sie bekämpft sie nicht, streitet nicht mit ihr, schreit sie nicht an."

Hier sei erinnert: Die Verantwortung der Bevölkerung – welcher Art und in welchem Maße auch immer – für die Entscheidungen ihrer gewählten Regierung ist ein Gedanke, der ausschließlich auf einem demokratischen Verständnis von einer Gesellschaft beruhen kann. Allerdings sollte laut Selenskij eine ähnliche Maßnahme auch für diejenigen russischen Bürger angewandt werden, die das Land aus Protest gegen das Vorgehen der Behörden verlassen haben:

"Was für Russen dies auch immer sind, schickt sie zurück nach Russland."



<https://www.washingtonpost.com/wp-apps/imrs.php?src=https://arc-anglerfish-washpost-prod-washpost.s3.amazonaws.com/public/FNIUJBQXFEI63OMYWKVWR5MENA.jpg&w=916>

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij während eines Interviews mit der Washington Post in seinem Büro in Kiew (Bild: Washington Post)

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 9.8.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **420 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Himars“, „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 4 Zivilisten und 17 wurden verletzt**. 45 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 122mm-Haubitze D-30, eine Drohne „Furija“ und 2 Schützenpanzerwagen. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Nowomichajlowka wurden beseitigt.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:55 de.rt.com: **Medwedew zu Selenskij's Fantasien von der Bestrafung aller Russen:**

"Erinnert an Hitler"

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew, verglich die Forderung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, "die gesamte Bevölkerung Russlands für die Sonderoperation verantwortlich zu machen", mit den vielen unschmackhaften, ganze Völker erfassenden Ideen Adolf Hitlers:

"Der ukrainische Hauptclown hat vorgeschlagen, die gesamte Bevölkerung Russlands zur Rechenschaft zu ziehen. Das letzte Mal war derjenige, der solche Ideen gegen ein ganzes Volk gerichtet hatte, Adolf Hitler. Bestehen noch weitere Fragen zum Wesen der ukrainischen Regierung?"

11:05 (10:03) novorosinform.org: **Kiew will die Krimbrücke mit einer Rakete von einem Trockenfrachtschiff mit Getreide treffen – Roshin**

Der Militärexperte Boris Roshin kommentierte Kiews Aussagen über einen Raketenangriff auf die Krimbrücke und erklärte, nach welchem Plan es zu handeln gedenke, berichtet „Wojennoje delo“.

Kiew erörtere bereits ein von Großbritannien vorbereitetes Szenario zum Angriff auf eine wichtige strategische Einrichtung auf der Krim unter dem Deckmantel der Umsetzung des Getreideabkommens, sagte Roshin in einem Interview unter Berufung auf seine Quellen in Otschakowo und Tschernomorsk.

„Der Plan, höchstwahrscheinlich britisch, sieht den Einsatz eines Handelsschiffs mit ukrainischer Besatzung vor, das als Träger von Angriffswaffen verwendet wird – als Trägersystem für Schiffsabwehr- oder Marschflugkörper“, bemerkte der Experte.

Er fügte hinzu, dass Kiew versuchen werde, seinen Plan unter dem Deckmantel des Getreideabkommens durchzuführen, wobei sich auch NATO-Offiziere an der Operation beteiligen würden. Sie seien es, die laut Roshin Waffen auf dem ukrainischen Schiff platzieren sollen, nachdem es entladen wurde. Danach soll das Trockenfrachtschiff auf Umwegen zur Krimbrücke fahren und einen Angriff durchführen.

Rozhin betonte, dass die Brücke nach einem solchen Angriff keinen großen Schaden erleiden würde, aber für die westlichen Medien wäre es "ein gutes Medienbild".



https://www.novorosinform.org/content/images/05/96/50596_720x405.jpg

10:36 de.rt.com: **Moskau: Ukrainische Behörden betreiben Ausverkauf des Landes – und geben Polen den Vorrang**

Kiew sei im Begriff, die Ukraine an Polen zu verkaufen. Verfügbare Informationen würden das belegen, erklärt der Auslandsnachrichtendienst der Russischen Föderation. In erster Linie betreffe dies den ukrainischen Agrarsektor.

Die ukrainische Führung habe damit begonnen, die Kontrolle über Sektoren der nationalen Wirtschaft schrittweise an das benachbarte Polen abzutreten. Diesen Schluss zieht der russische Auslandsnachrichtendienst aufgrund der ihm vorliegenden Informationen. In einem

Bericht auf der Webseite der Sicherheitsbehörde heißt es:

"Die Informationen, die dem Dienst vorliegen, deuten darauf hin, dass Warschau seine weitreichenden Pläne in Bezug auf die Ukraine schrittweise umsetzt. Es wird immer deutlicher, dass es nicht nur um die Möglichkeit der Einführung 'polnischer Friedenstruppen' in den westlichen Regionen dieses Landes geht, sondern auch darum, die Kontrolle über die vielversprechendsten Wirtschaftssektoren des Nachbarstaates zu erlangen."

Weiter stellte der Nachrichtendienst fest, dass dies in erster Linie den Agrarsektor betreffe. So nutzten beispielsweise polnische Unternehmen die schwierige Lage der ukrainischen Agrarproduzenten aus, "auch was die Lagerung der Ernte betrifft", indem sie deren Erzeugnisse zu niedrigen Preisen aufkauften. In einigen Fällen mache dies den Konkurs der Unternehmen unausweichlich. Vermögenswerte und Grundstücke würden zu Schleuderpreisen verkauft:

"Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass die Gerste aus neuer Ernte zu einem Preis von 30 US-Dollar pro Tonne gekauft werden kann, was fast fünfmal billiger ist als der tatsächliche Preis des Produkts."

Der Sonderdienst wies darauf hin, dass die polnische Seite parallel dazu in die Schaffung von Transport- und Logistikinfrastrukturen investiere, um den ungehinderten Export von Lebensmitteln in Märkte zu gewährleisten, in denen die Preise wesentlich höher seien. Die Behörde fügte hinzu:

"Die Umsetzung dieser Bestrebungen Warschaus wird durch den von Kiew geschaffenen neuen Rechtsrahmen erleichtert – das vom ukrainischen Parlament Ende Juli dieses Jahres verabschiedete Gesetz über besondere Garantien für polnische Staatsbürger und das Privatisierungsgesetz, das den Verkauf ukrainischer Industrieunternehmen mit einem 50-prozentigen Preisnachlass ermöglicht."

Der Geheimdienst schlussfolgert, die Kiewer Behörden hätten im Wesentlichen bereits mit dem Ausverkauf des Landes begonnen.

Unterdessen sind die Behörden der Ukraine konsequent dabei, besondere Bedingungen für Polen zu schaffen. Ende Juli verabschiedeten die Abgeordneten der Rada einen Gesetzentwurf zur rechtlichen Gleichstellung polnischer Staatsbürger mit Ukrainern. Nach der Verabschiedung des Gesetzes können sich Polen eineinhalb Jahre lang ohne Sondergenehmigung legal in der Ukraine aufhalten und während dieser Zeit alle Rechte und Freiheiten eines Staatsbürgers des Landes in Anspruch nehmen. Insbesondere können sie ohne Genehmigung arbeiten, steuerlich ansässig werden, Bildung und medizinische Versorgung in Anspruch nehmen und Sozialleistungen erhalten. Anzumerken dabei ist, dass Polen kein analoges Gesetz für Staatsangehörige der Ukraine verabschiedet hat.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f208c048fbef29ce02f30d.jpg>

10:51 de.rt.com: **Kriegsgefangener: Kommando hatte Pläne über Angriffskrieg gegen Russland und den Donbass**

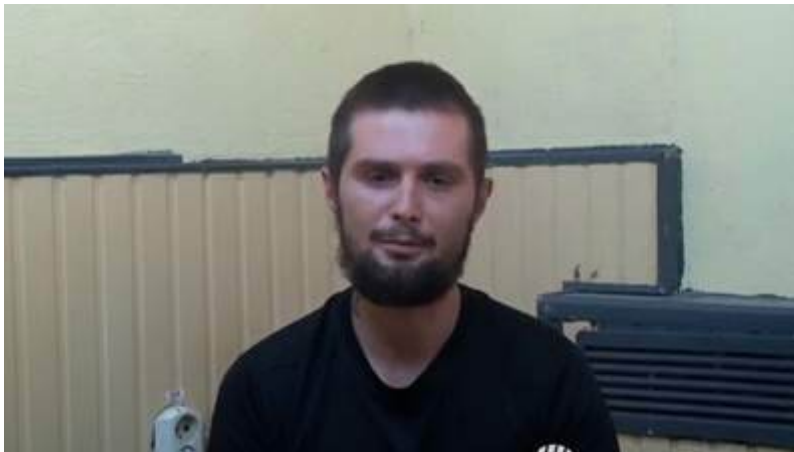
Ukrainische Soldaten wurden von ihrem Kommando darauf vorbereitet, die im Donez-

Kohlebasin befindlichen Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzugreifen und sogar einen Krieg mit Russland zu beginnen. So lautet die Aussage eines gefangenen Soldaten der 53. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Wadim Agafonow, hier zitiert von [RIA Nowosti](https://ria.ru/):

"Bei den Offizieren war über eine schnelle Offensive im Donbass die Rede. Es hieß, wir sollten uns nicht erst von den Russen angreifen lassen, sondern einen plötzlichen Angriff starten. Und dass wir die Gebiete des Donbass einnehmen und möglicherweise noch weiter gehen müssen. Dies wurde oft von den politischen Offizieren gesagt sowie von den oberen Befehlsrängen. Und manchmal wurde diese Information auch an die Soldaten weitergegeben." Er erklärte mit Verweis auf ukrainische Kommandeure, Kiew sei von dessen westlichen Partnern für den Fall einer Offensive im Donbass Hilfe mit Waffenlieferungen zugesichert worden. Truppen seien ebenfalls versprochen worden, falls die ukrainische Armee "gegen Russland vorgeht":

"Irgendwelche Einheiten kamen zu den Militärstandorten – ich weiß nicht, ob sie vom SBU waren –, führten Propaganda durch, brachten alle möglichen Broschüren mit, wie blutrünstig die russische Welt doch sei, dass wir Russen töten müssen, dass die Ukraine eine geeinte Nation sei. So etwas wie eine faschistische Ideologie war schon da."

"Sie sagten, wir sollten Russland angreifen, dieses Imperium des Bösen zerschlagen und unser Land zurückerobern."



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/08/09/1808220926_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_1762c261c45a9de73572a69dbe7f2910.jpg

11:22 de.rt.com: **Atomkraftwerk von Saporoschje arbeitet in Normalbetrieb weiter**

Jewgeni Balizki, das Oberhaupt der Verwaltung des russisch kontrollierten Gebiets Saporoschje, hat verkündet, dass das Saporoschje-Atomkraftwerk in der Stadt Energodar ordnungsgemäß weiterarbeitet. Die beim Beschuss durch ukrainische Soldaten beschädigten Stromleitungen seien repariert worden. In einer Fernsendung des Kanals Rossija-24 sagte Balizki:

"Jetzt wurden die Stromleitungen und die beschädigte Unterstation repariert. Die Energieblöcke sind gesichert, das Werk arbeitet im Normalbetrieb."

Balizki fügte hinzu, dass Russlands Streitkräfte die Luftverteidigung des Atomkraftwerks zur Verhinderung neuer Angriffe stärken werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f21d6eb480cc0b807190db.jpg>

11:43 de.rt.com: **Donezk will Baubrigaden aus Nordkorea zum Wiederaufbau der Republik: "Hochqualifiziert und diszipliniert. Verhandlungen laufen"**

Die Volksrepublik Donezk führt Gespräche mit Pjöngjang über Aufträge an Bauarbeiter aus der Demokratischen Volksrepublik Korea – und zwar gleich brigadeweise, so DVR-Republikoberhaupt Denis Puschilin. Hier zitiert ihn [RIA Nowosti](#) mit Verweis auf „Solowjow LIVE“ auf der digitalen Multimedia-Plattform Smotrim der staatlichen Medienholding WGTRK:

"Jetzt ist es von Interesse und beidseitig vorteilhaft, wenn man den grandiosen Aufbau berücksichtigt, den wir jetzt entfaltet haben. Dieser Aufbau wird nur an Schwung gewinnen. Wir werden Bauarbeiter brauchen und hier laufen Verhandlungen bereits darüber, dass Bauarbeiter einschließlich derer aus Nordkorea gleich brigadeweise hereingebracht werden, um die Gebiete der DVR wiederaufzubauen."

Puschilin betonte, dass Nordkorea, bevor Sanktionen gegen Pjöngjang verhängt wurden, anderen Ländern Personal zur Arbeit an Baustellen überlassen hat. Diese hätten sich als hoch qualifiziert und diszipliniert erwiesen und sehr gute Arbeit geleistet. Die Vorarbeiter würden bald eintreffen, um den Arbeitsumfang zu bewerten:

"Die erste Gruppe, die Brigadeleiter, die sich den Arbeitsumfang ansehen müssen, sollte in der nächsten Zukunft erscheinen. Das Außenamt arbeitet daran. Ein genaues Datum kann ich noch nicht nennen, aber es wird kurzfristig geschehen, in diesem Jahr sollen all diese Prozesse bereits beginnen."

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk zieht traurige Tagesbilanz: Vier Tote und ein verwundetes Kind nach Beschuss durch ukrainische Soldaten**

In den vergangenen 24 Stunden haben ukrainische Truppen das Gebiet der Volksrepublik Donezk 81 Mal beschossen. Dies gibt die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes im Donbass (JCCC) auf Telegram [bekannt](#):

"In den vergangenen 24 Stunden meldete die Vertretung 81 Fälle von Beschuss durch die ukrainischen bewaffneten Formationen. In Richtung Donezk setzte der Feind Uragan- und Grad-Mehrfachraketenwerfer, Rohrartillerie in den Kalibern 155, 152 und 122 Millimeter sowie 120-Millimeter-Mörser ein. In Richtung Jassinowataja war es Rohrartillerie der Kaliber

155, 152 und 122 Millimeter; gegen Gorlowka Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS, Uragan, Grad, Artillerie der Kaliber 155 und 122 Millimeter und 120-Millimeter-Mörser. " Insgesamt 420 Schuss Munition seien verschossen worden.

Im Laufe des Tages wurden in der Republik insgesamt vier Zivilisten getötet und 17 weitere verwundet, darunter ein Kind Jahrgang 2019 im Petrowski-Bezirk der Stadt Donezk, wie der Stab der Territorialverteidigung der DVR auf Telegram [mitteilt](#).

12:02 de.rt.com: **Helsinki: "Weltfrieden-Monument" eines sowjetischen Bildhauers entfernt**

Die Behörden der finnischen Hauptstadt haben ein Denkmal eines sowjetischen Bildhauers zum Weltfrieden vom Sockel entfernt. Es wird vorübergehend in einem Kunstmuseum der Stadt aufbewahrt. Dort, wo das Denkmal stand, soll ein Fußgängerweg entstehen.

Die 6,5 Meter hohe Bronzeskulptur befand sich im Zentrum Helsinkis und zeigte Menschen, die mit ihrem Armen eine Weltkugel hochhalten. Das Denkmal des sowjetischen Bildhauers Oleg Kirjuchin war ein Geschenk Moskaus an Helsinki und wurde am 14. Januar 1990 eingeweiht. Innerhalb der finnischen Gesellschaft sorgte es immer wieder für Kontroversen und es gab wiederholt Forderungen, das Denkmal zu entfernen. Die Debatte um die Angemessenheit des Monuments eskalierte nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges. Unter anderem steckten Unbekannte den Figuren auf dem Denkmal ukrainische Flaggen in die Hände.

Das Kunstwerk wurde bereits am vergangenen Donnerstag [vom Sockel entfernt](#) und am heutigen Montag auf dem Seeweg in ein Kunstmuseum gebracht. Die Stadtverwaltung begründete das Vorgehen damit, dass der Verkehr auf der anliegenden Straße neu organisiert werde, dort soll eine Straßenbahnlinie verlaufen. Dort, wo das Denkmal stand, soll ein Fußgängerweg gepflastert werden.

Die Museumsleitung und die Stadtverwaltung von Helsinki werden laut finnischen Medien über das weitere Schicksal des Denkmals entscheiden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0f724b480cc4e7b11513c.jpg>
Stadtzentrum von Helsinki, Finnland

12:24 de.rt.com: **Ukraine stellt Transit von russischem Erdöl an die EU ein**

Die Ukraine verlangt für den Transit russischen Erdöls in Richtung mehrerer EU-Staaten Vorauszahlungen aus Moskau. Jedoch kann Russland die Zahlungen aufgrund von EU-Sanktionen nicht leisten. Daher stellte Kiew den Transit ein.

Ukrtransnafta hat am 4. August die Förderung von russischem Öl über die Druschba-Pipeline nach Ungarn, Tschechien und in die Slowakei eingestellt, wie die Nachrichtenagentur RIA Novosti berichtete. Die Einstellung der Erdöllieferungen ist erst jetzt an die Öffentlichkeit

durchgesickert.

Der russische Staatskonzern Transneft bestätigte die Meldung, dass Ukrtransnafta am 4. August die Weiterleitung russischen Erdöls durch die südliche Route der Druschba-Pipeline in Richtung Ungarn, Tschechien und die Slowakei eingestellt hat. Grund hierfür ist die Zahlungsunfähigkeit der russischen Seite für den Transit, die von EU-Sanktionen betroffen sei.

Zugleich erklärte ein Sprecher des russischen Staatskonzerns, dass der Transit über Weißrussland und Polen in Richtung Deutschland andauere.

Ukrtransnafta verlange Vorauszahlungen für den Transit russischen Erdöls, so der Sprecher, der hinzufügte:

"Bei einer Zahlung für den Transit durch das Gebiet der Ukraine wurden die Mittel auf das Konto von PJSC Transneft zurückgebucht. Die Gazprombank, die den Zahlungsverkehr abwickelte, teilte uns mit, dass die Zahlung im Zusammenhang mit dem Eintritt in die EU-Verordnungen, also dem siebten Sanktionspaket, zurücküberwiesen wurde."

Daher habe Ukrtransnafta den Transit des russischen Erdöls eingestellt. Der Sprecher ergänzte:

"Wir haben das russische Energieministerium sowie russische Verleger, die Ressourcen in Richtung dieser drei Länder liefern, und Ukrtransnafta darüber informiert, dass das Geld nicht ankommt und die Zahlung nicht geleistet werden kann."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f23a5db480cc7920738aa5.jpeg>

12:42 de.rt.com: **Ukrainische Truppen verstreuen erneut Schmetterlingsminen über Donezk**

Wie die Donezker Nachrichtenagentur (DAN) unter Verweis auf den Stab für Territorialverteidigung der DVR berichtet, haben ukrainische Truppen am Dienstag erneut Schmetterlingsminen PFM-1 über Donezk verstreut.

"Bewaffnete Verbände der Ukraine haben die verbotenen Minen PFM-1 im Petrowski Stadtteil von Donezk nahe der Eisenbahnstation Mandrykino verstreut."

Am 8. August hatte der Stab für Territorialverteidigung der DVR eine Ausbringung von Minen in anderen Stadtteilen von Donezk gemeldet. Hierbei wurde ein Mann verwundet, nachdem er auf eine PFM-1 getreten war.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f22df1b480cc0d4722b228.jpg>

Antipersonalminen vom Typ PFM-1 auf einer Straße von Donezk, Aufnahme vom 31. Juli

13:08 de.rt.com: **Verwaltung von Saporoschje: Kiews Angriffe auf Atommüll-Trockenendlager am AKW Saporoschje eine False Flag gegen Russland**

Die ukrainischen bewaffneten Formierungen haben das Trockenlager für abgebrannte Brennelemente am Kraftwerk Saporoschje mit voller Absicht beschossen – im Rahmen eines Angriffs unter falscher Flagge, um Russland hierfür zu beschuldigen. So wertete Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der zivil-militärischen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, die jüngsten Angriffe auf das AKW gegenüber der Nachrichtenagentur TASS:

"Es gibt große Befürchtungen bezüglich des Kernkraftwerks. Jetzt schießen die kiewtreuen Truppen gezielt auf das Trockenlager für abgebrannte Brennelemente. Ich denke, damit wollen sie irgendeine unkontrollierbare Reaktion auszulösen, und dann Russland die Schuld in die Schuhe schieben. Auf diese Weise würde das, was jetzt geschieht – die russische Offensive und die Befreiung des ostukrainischen Raums – eingefroren werden."

Rogow zufolge handelt es sich dabei um "eine klassische Provokation, ähnlich wie beim Flug MH17". Die Parlamentarische Versammlung der Vereinten Nationen (PACE) hatte zum Absturz der malaysischen Boeing in der Ostukraine im Jahr 2014 eine Resolution verabschiedet und Russland dafür verantwortlich gemacht.

In der Tat liegt bereits eine Ansprache des ukrainischen Präsidenten vor, in der er Russland "nukleare Erpressung" durch angeblichen Beschuss eben dieses Kraftwerks vorwirft. Dass Russland das Kraftwerk seit März 2022 komplett kontrolliert und jetzt ebenso wenig Interesse an dessen Beschädigung hat wie damals, stört den vom ehemaligen russischen Präsidenten Medwedew als "ukrainischer Hauptclown" bezeichneten Selenskij dabei nicht im Geringsten. Am 7. August beschossen die ukrainischen Streitkräfte das Kernkraftwerk Saporoschje in der Stadt Energodar erneut. Das anliegende Trockenlager für abgebrannte Brennelemente fand sich dabei in der Beschusszone wieder. Nach Angaben des Pressedienstes der zivil-militärischen Verwaltung der Stadt Energodar setzten die ukrainischen Sicherheitskräfte Mehrfachraketenwerfer vom Typ Uragan im Kaliber 220 Millimetern ein. Die Geschosse beschädigten diverse Verwaltungsgebäude und den umliegenden Bereich des Trockenlagers. Auch am Freitag und Samstag beschossen ukrainische Streitkräfte das Gebiet um das Kernkraftwerk.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f2469c48fbef29ce02f34f.jpg>

Trockenlager für abgearbeitetes Nuklearbrennmaterial am AKW Saporoschje in Energodar, 5. April 2022

13:31 de.rt.com: **Moskau: "Kiews Angriffe auf Saporoschje-Atomlager sind nuklearer Terrorismus"**

Für mehrfachen Beschuss des Kernkraftwerks Saporoschje durch die ukrainischen Streitkräfte ist Kiew in harsche Kritik aus Russland geraten. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums verursachte der Angriff im Kernkraftwerk einen Spannungssprung, der zu starker Rauchentwicklung führte. Der Angriff beschädigte vor allem auch die Hochspannungsleitung Kachowskaja, die die Regionen Saporischschja und Cherson mit Strom versorgt:

"Am 7. August verübte das Selenskij-Regime einen neuen Akt des Nuklearterrorismus gegen die Energieinfrastruktur des Kernkraftwerks Saporoschje, um eine humanitäre Katastrophe in den Gebieten Cherson und Saporoschje zu verursachen. Gegen 12:40 Uhr schossen ukrainische Einheiten der 44. Artilleriebrigade aus dem Gebiet des Dorfes Marganez am gegenüberliegenden Ufer des Kachowka-Stausees auf das KKW Saporoschje."

Sollte sich im Kernkraftwerk Saporoschje ein Unfall ereignen, würde dies zu einer globalen, vom Menschen verursachten Katastrophe führen, die die Folgen der Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima deutlich übertreffen würde, so das russische Verteidigungsministerium. Die fatalen Folgen würden auch nach Jahrzehnten nur schwer zu beseitigen sein und weite Landgebiete Osteuropas betreffen; bei der ungünstigsten Entwicklung wäre das Schwarze Meer unbeschiffbar und die Küsten der meisten Anrainerstaaten verseucht.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, erklärte, dass die Kiewer Behörden mit dem Beschuss des KKW Saporoschje "ganz Europa als Geisel nehmen und es ihnen offenbar nichts ausmacht, es in Brand zu setzen, um ihre Nazi-Götzen zufriedenzustellen".

Auch Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, appellierte an die westlichen Staaten, die "absoluten Einfluss auf die ukrainische Führung" haben, diesen auch zu nutzen, um solche Angriffe in Zukunft auszuschließen.

13:34 (12:34) **novorosinform.org: Ein Angehöriger der „SS-Bären“ starb im Untersuchungsgefängnis in der DVR**

Einer der Mitglieder der Sabotage- und Angriffsgruppe „SS-Bären“ sei in einer Untersuchungshaftanstalt ums Leben gekommen, berichtet eine TASS-Quelle in den Ermittlungsgremien der DVR.

Es wird angemerkt, dass er vor seiner Gefangennahme drogenabhängig wurde und dies bei ihm Komplikationen durch chronische Krankheiten und dann den Tod hervorrief. Der Name

des verstorbenen Kämpfers wird nicht genannt.

„Ein Neonazi starb im Untersuchungsgefängnis der Republik vor Abschluss der Ermittlungen des Strafverfahrens gegen alle Angeklagten und der Übergabe ihres Falls an das Gericht“, sagte die Quelle gegenüber TASS.

Früher wurde berichtet, dass in der DVR Prozesse gegen Kämpfer der Gruppe „SS-Bären“ begonnen haben. Vielen von ihnen droht die Todesstrafe. Voraussichtlich wird das Urteil am 10. August verkündet. Es ist bekannt, dass alle Angeklagten bei der Untersuchung kooperierten.

13:40 de.rt.com: **DVR: Zwei Zivilisten bei Beschuss durch ukrainische Streitkräfte getötet**

Der Stab für Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik meldet auf Telegram den Tod zweier Zivilisten in Donezk. Die beiden Personen seien am Morgen beim Beschuss durch ukrainische Streitkräfte ums Leben gekommen.

Zuvor hatte die Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination bekannt gegeben, dass ukrainische Verbände Donezk mit Artillerie angegriffen und dabei insgesamt sieben Geschosse vom Kaliber 122 Millimeter sowie sechs Projektile von einem Grad-Mehrfachraketenwerfer aus abgefeuert hätten.

14:43 (13:43) novorosinform.org: **Berichte über die "Gegenoffensive" der Streitkräfte der Ukraine auf Cherson waren Teil der Informationsoperation – Podoljak**

Nachrichten über die Offensive der Kiewer Truppen auf die Region Cherson sind Teil der informationspsychologischen Operation. Diese Aussage traf der Berater des Leiters des Präsidialbüros Michail Podoljak in einem Interview mit der BBC.

„Heute sind alle öffentlichen Kommentare Teil von informationspsychologischen Operationen. Wir müssen die russische Armee demoralisieren“, sagte er.

Podoljak fügte hinzu, Kiew führe mit solchen Methoden einen "kreativen Krieg". Er sprach auch die Angriffe mit MLRS HIMARS auf die Antonowskij-Brücke an. Ihm zufolge zeigten diese Ereignisse, dass es für die Ukraine von grundlegender Bedeutung ist, Cherson zu befreien.

Zuvor hatten Vertreter der ukrainischen Behörden wiederholt das Zusammenziehen von Ausrüstung im südlichen Frontabschnitt für eine nachfolgende Offensive angekündigt. Insbesondere wurde über die Möglichkeit gesprochen, bis zu einer Million Menschen zu mobilisieren, um eine großangelegte "Gegenoffensive" zu starten.



https://www.novorosinform.org/content/images/06/20/50620_720x405.jpg

15:41 (14:41) novorosinform.org: **Stellungen der Streitkräfte der Ukraine bei Marinka, von denen aus Donezk angegriffen wurde, wurden zerstört – Puschilin**

Die alliierten Truppen haben „ziemlich gute“ Erfolge in Richtung Marinka, die Positionen

ukrainischer Kämpfer, von denen aus lange Zeit der Beschuss des Petrowskij-Bezirks von Donezk durchgeführt wurde, wurden zerstört, sagte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin. Puschilin sprach über den Vormarsch der Kämpfer der russischen Koalition in der Nähe von Donezk im Programm „Solovjow Live“, berichtet der Pressedienst der Verwaltung des Oberhauptes der DVR.

„Die feindlichen Stellungen, von denen [frühere] Angriffe auf das Petrowskij-Viertel gestartet wurden, sind jetzt zerstört“, sagte Puschilin.

Trotzdem werde der Petrowskij-Bezirk der Hauptstadt der DVR immer noch von ukrainischen Militanten beschossen, weil "der Feind Waffen aus ziemlich großer Entfernung einsetzt", erklärte das Oberhaupt der Republik.

Die alliierten Streitkräfte kämpften am Stadtrand von Artjomowsk und Soledar, im Moment "wird Peski aufgeräumt", fügte Puschilin hinzu.



https://www.novorosinform.org/content/images/06/29/50629_720x405.jpg

16:06 (15:06) novorosinform.org: **Dies ist keine "rote Linie" mehr: Bewohner der Krim berichten über eine Reihe starker Explosionen**

Bewohner von Nowofedorowka (Bezirk Saki, Krim) berichten über Explosionen. Vorläufigen Berichten zufolge ereigneten sich die Explosionen in der Nähe eines Militärflugplatzes, der nach den vorliegenden Informationen von einer Rakete aus Richtung Odessa getroffen wurde, wie Militärkorrespondent Juri Kotenok in seinem Telegramm-Kanal unter Berufung auf Berichte von Anwohnern und eigene Quellen mitteilte.

"Dies ist nicht einmal mehr eine 'rote Linie'. Dies ist ein eindeutiger casus belli...", schrieb er. Vorläufigen Berichten zufolge ereigneten sich sieben Explosionen in der Nähe des Militärflugplatzes Nowofedorowka. Informationen vom Ort des Geschehens gehen weiterhin ein.



https://www.novorosinform.org/content/images/06/31/50631_720x405.jpg

16:08 (15:08) novorosinform.org: **In der Ukraine wurde das mögliche "Ende der Staatlichkeit" des Landes angekündigt**

Selenskijs Berater sagte, dass die Ukraine nach einer Niederlage im Konflikt aufhören werde zu existieren.

Der Berater des Leiters des Büros des Präsidenten der Ukraine, Michail Podoljak, sagte in einem Interview für die BBC, dass eine Niederlage Kiews im Konflikt mit Moskau zum Verlust der Staatlichkeit des Landes führen könnte. Er merkte jedoch an, dass er weiterhin zuversichtlich sei, dass die Ukraine auf dem Schlachtfeld nicht verlieren werde.

Laut Podoljak gebe es derzeit selbst für kleinere Niederlagen keine Voraussetzungen. Er bemerkte, dass die Truppen des Landes sich zwar „einen Kilometer, zwei oder zehn Kilometer zurückziehen können“, aber die ukrainische Gesellschaft sei zuversichtlich, dass der Konflikt enden werde, wenn es angebracht sei, das heißt, „wenn das Territorium der Ukraine vollständig befreit ist“.



https://www.novorosinform.org/content/images/06/32/50632_720x405.jpg

15:13 de.rt.com: **Taiwan wirft China Vorbereitung einer Invasion vor**

Die taiwanesischen Behörden werfen der Volksrepublik vor, bei ihren Manövern eine Invasion der Insel zu üben. Das erklärte Taiwans oberster Diplomat. Peking hatte die Übungen nach dem provokativen Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi verkündet.

China nutzte seine groß angelegten Militärübungen rund um Taiwan zur Vorbereitung einer Invasion der selbstverwalteten Insel. Das behauptete der taiwanesischen Außenminister Joseph Wu am Dienstag. Der Außenminister der Insel, die völkerrechtlich zu China gehört, erklärte: "China hat die Übungen und sein militärisches Spielbuch genutzt, um sich auf eine Invasion Taiwans vorzubereiten."

Peking betreibe "groß angelegte Militärübungen und Raketenstarts sowie Cyberangriffe, eine Desinformationskampagne und wirtschaftliche Nötigung, um die öffentliche Moral in Taiwan zu schwächen", so der Diplomat weiter.

Als Reaktion auf den Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, auf der Insel hatte China in der vergangenen Woche in sechs Seegebieten rund um Taiwan Kriegssimulationen einschließlich Schießübungen durchgeführt.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Sichtweise. Die USA hatten sich zwar in den 1970er-Jahren gleichfalls offiziell zu diesem Prinzip bekannt – wie auch die taiwanesischen Führung selbst Anfang der 1990er-Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek 1949 auf die Inselgruppe zurück, wo sie beanspruchten, die alte "Republik China" gegen die Kommunisten auf dem Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesischen Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein gänzlich neuer Staat geworden sei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f203c7b480cc0c5b003227.jpg>

15:30 de.rt.com: Krim: Mehrere Explosionen in der Nähe von Nowofjodorowka gemeldet

In der Siedlung Nowofjodorowka auf der Halbinsel Krim seien in der Nähe eines Militärflugplatzes mehrere [Explosionen](#) zu hören gewesen, sagte ein Berater des Oberhauptes der Region am Dienstagnachmittag.

Wie die russische Agentur RIA Nowosti berichtet, sei Sergei Aksjonow, Regierungschef der Krim, unterwegs zum Ort des Vorfalls. "Die Umstände werden untersucht", schrieb er auf Telegram.

Unbestätigten Medienberichten zufolge sind derzeit auch zahlreiche Rettungswagen auf dem Weg nach Nowofjodorowka.

Nach vorläufigen Angaben habe sich die Explosion weit von Touristenregionen ereignet, es gebe daher keine Opfer oder Verletzten unter den Touristen, meldete der Verband der russischen Reiseveranstalter.

16:30 de.rt.com: Russlands Verteidigungsministerium: Keine Verletzten bei Explosionen auf der Krim

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sei am Dienstagnachmittag auf einem Flugplatz in der Nähe der Siedlung Nowofjodorowka Munition explodiert, die dort gelagert worden war. Verletzt worden sei dabei niemand. Der Flugplatz sei nicht beschossen worden.

Auch sei keine Flugtechnik beschädigt worden, hieß es in einem Bericht der Behörde. Es würden Maßnahmen ergriffen, um das Feuer zu löschen.

Sergei Aksjonow, Regierungschef der Krim, sagte, um das Flugplatzgelände sei eine fünf Kilometer breite Sperrzone eingerichtet worden. Rettungskräfte seien bereits vor Ort.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/RrjZJKo8tm6qPdzPuCeoMPuewYp4OKO-n3RmB92m9omfbfdg1LxVlvtkoa9eSK83wBMH2QcgxiAFqBty3q3RkVZ0r3qWy1V727TawptmUTL3bkG7BgPhACXu-O8fcwhmFNxVTIlwHYkcQo5n7F9fzjzRUXyO0-2srsPpc1xR0uEgAPp4DI3WpLFmLyGV1I9bDsiGzHofKaEfVYgl0IwJwVpyTDdR5hOGRSYFaRrfhSwkPqTbx-b9YqN52c9nV_xh37XUhvUMPVfyCk_XUziRnRv7XyIVe5Zy-YuGpUGaQ39TI87R4reiQ5MwaOCxr0lc2e8FrKIpsI3PVwTmb5A5dw.jpg

16:56 de.rt.com: **Russland beteuert Willen zur Mitwirkung an IAEA-Inspektion des AKW Saporoschje**

Die russische Seite ist bereit, einer Inspektion der Internationalen Atomenergie-Organisation im Kernkraftwerk Saporoschje jede erdenkliche Unterstützung zu leisten. Das russische Außenministerium hat dies am Dienstag in einer Erklärung bekräftigt:

"Wir hoffen, dass sich der UN-Generalsekretär [António Guterres] in der gegenwärtigen Lage seiner vollen Verantwortung bewusst wird und die IAEA-Mission nicht durch das Sekretariats-Departement oder andere Teile des UN-Mechanismus, die ihm unterstellt sind, verhindern wird. Wir unsererseits sind bereit, jede erdenkliche Unterstützung bei der Lösung aller organisatorischen Fragen zu leisten."

Das russische Außenministerium teilte außerdem mit, dass die zuvor bereits geplante Inspektion als IAEA-Mission im Kernkraftwerk Saporoschje vom Sicherheitsdepartement des UN-Sekretariats in letzter Minute verhindert wurde. Das Ministerium erinnerte daran, dass der Leiter der IAEA Rafael Grossi die Mission leiten sollte, deren Reiseroute und Zeitplan am 3. Juni vereinbart worden war:

"In enger Zusammenarbeit mit der Agentur war es uns gelungen, alle schwierigen Fragen im Zusammenhang mit der Organisation und Durchführung einer unter den gegebenen Umständen so komplexen Maßnahme auszuräumen. Jedoch wurde im letzten Moment seitens der Sicherheitsabteilung des UN-Sekretariats die Ampel auf Rot geschaltet. Die Fahrt wurde vereitelt. Dies wurde von den Behörden in Kiew ausgenutzt, um ihre Provokationen und den Beschuss des Kernkraftwerks zu verstärken."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 9. August 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 52 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

An Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 1600 Menschen.

In Mariupol wurden Arbeiten zu Montage von Ausrüstung an Kommunikationsobjekten ausgeführt.

In Sartana, Talakowka und Mariupol wurden Verbraucher an die Gasversorgung angeschlossen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka, Krasnyj Liman, Nowooje, Losowoje und Rubzy ausgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 13 Hektar Territorium und 11.000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 259 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:14 de.rt.com: **Anzahl von Verletzten bei Explosion in Nowofjodorowka auf fünf gestiegen**

Fünf Personen, darunter ein Kind, wurden während der Explosion auf dem Flugfeld von Nowofjodorowka auf der Krim verletzt. Dies meldete laut der Nachrichtenagentur TASS der Gesundheitsminister der Krim Konstantin Skorupski. Er führte aus:

"In das Bezirkskrankenhaus von Saki wurden fünf Verletzte, darunter ein Kind, eingeliefert. Vier von ihnen erhielten eine ambulante Behandlung in Form einer Versorgung von Wunden durch Glassplitter. Alle Wunden waren leicht und die Patienten wurden nach der Behandlung nach Hause entlassen."

Der fünfte Verwundete werde gegenwärtig operiert, so die Meldung weiter.

17:30 de.rt.com: **Lauterbach attackiert Ex-Kanzler Schröder und bezeichnet Putin als "Schlächter"**

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hinterfragt die Entscheidung seiner Partei, der SPD, den ehemaligen Kanzler Schröder vorerst nicht auszuschließen. In einem Twitter-Beitrag vergreift er sich zudem im Ton gegenüber dem russischen Präsidenten Putin.

Die jüngste [Entscheidung](#) der Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Region Hannover muss dem Bundesgesundheitsminister sehr sauer aufgestoßen sein. Diese hat festgestellt, "dass sich der Antragsgegner Gerhard Schröder eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht hat, da ihm kein Verstoß nachzuweisen ist".

Lauterbach reagierte daraufhin am 8. August mit einem seiner meist spontan wirkenden

[Twitter-Beiträge](#). Dabei griff er in einem Rundumschlag mit einer mehr als fraglichen aggressiven Formulierung auch gleich noch den russischen Präsidenten Putin an. Der Minister wörtlich:

"Es ist schade, dass Gerhard Schröder nicht konsequent einfach austritt. Wenn ihm die "Freundschaft" zu dem Schlächter Putin so wertvoll ist, hat er in der SPD keinen Platz mehr. Unschuldige Kinder sterben durch einen narzisstischen Diktator. Unverzeihlich."

Der ehemalige SPD-Kanzler Gerhard Schröder (von Oktober 1998 bis November 2005 der siebte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in einer Regierungskoalition mit Bündnis 90/Die Grünen) wird in den deutschen Medien und Großteilen der Politik für seine "Nähe zu Kremlchef Wladimir Putin und zur russischen Öl- und Gaswirtschaft" kritisiert und attackiert. Die Äußerungen von Lauterbach kommen daher nicht überraschend, beeindrucken aber durch ihre Vehemenz und Wortwahl.

Bezugnehmend jüngster Äußerungen seitens des Bundesgesundheitsministers zu den Themen fortdauernder Impfaufforderungen und Kritik an zurückliegenden Entscheidungen der Ständigen Impfkommission (STIKO), wird Prof. Dr. Rüdiger von Kries, Epidemiologe der STIKO, mit der Empfehlung [zitiert](#):

"Wäre besser, wenn Lauterbach seine Zunge etwas besser im Griff hält."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f223deb480cc11e8032600.jpg>

17:31 de.rt.com: **USA wollen mit neuer Afrika-Strategie "negativen Aktivitäten" Chinas und Russlands entgegentreten**

Washington macht sich Sorgen über den zunehmenden Einfluss Pekings und Moskaus auf dem afrikanischen Kontinent. Vor diesem Hintergrund kündigen die USA ihre neue Afrika-Strategie an. Ihr Ziel ist es, US-Interessen in Afrika zu fördern und die Zusammenarbeit auszubauen.

Am Montag hat das Weiße Haus eine neue Strategie für Afrika südlich der Sahara veröffentlicht. Aus dem [Dokument](#) geht hervor, dass Washington in den nächsten fünf Jahren durch eine Kooperation mit regionalen und globalen Verbündeten seine Interessen auf dem afrikanischen Kontinent auch im Sicherheitsbereich verstärkt fördern will. Als Teil der Verteidigungsstrategie 2022 haben die USA vor, ihre Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern zu stärken, um "negativen Aktivitäten Chinas und Russlands" in der Zone entgegenzuwirken.

Dieses Vorhaben der US-Regierung soll demnach durch die Einbeziehung von "Zivilschutz-Institutionen" und die "Kooperation mit strategischen Verbündeten im Sicherheitsbereich" umgesetzt werden. Washington hat darüber hinaus vor, mit den afrikanischen Regierungen und Zivilgesellschaften zusammenzuarbeiten, um Transparenz und Demokratie zu fördern. Offene Gesellschaften seien eher dazu geneigt, mit den USA zusammenzuarbeiten, sie seien attraktiver für US-Investitionen und resistenter gegen schädliche Aktivitäten Chinas, Russlands und anderer Akteure, heißt es in dem Dokument. Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Terrorbekämpfung und der Verhinderung von Militärputschen. Ein Teil dieser

Bemühungen soll auch die Förderung des Investigativ-Journalismus werden.

Weitere wichtige Bereiche der neuen US-amerikanischen Afrika-Strategie sind der Umweltschutz, der Klimawandel, der Infektionsschutz, die Energiewende und der Schutz der Menschenrechte. Die Zusammenarbeit soll demnach auch dazu beitragen, "das Humankapital und den Ernährungssektor wiederaufzubauen", die durch die COVID-19-Pandemie und den Ukraine-Krieg betroffen worden seien.

In der Afrika-Strategie der USA wird festgehalten, dass China den Kontinent als einen wichtigen Ort betrachte, an dem es seine eigenen umfangreichen geopolitischen und Handelsinteressen durchsetzen wolle. Dabei schwäche Peking das Verhältnis der afrikanischen Länder zu Washington und fordere die internationale Ordnung heraus, indem es die Transparenz in der Region unterminierte. Russland wird in dem Dokument vorgeworfen, sich mit seinen privaten Militärunternehmen und Staatskonzernen strategische und finanzielle Vorteile in der Region zu sichern, was mitunter zu Instabilität führe.

Am Sonntag hat US-Außenminister Antony Blinken in Südafrika einen Besuch in der Region begonnen. In einer Rede am Montag an der Universität Pretoria [sagte](#) der US-Chefdiplomat: "Ich habe die Ehre, die neue Strategie unserer Regierung für die Zusammenarbeit zwischen Subsahara-Afrika und den USA zu präsentieren. Diese Strategie basiert auf einer breiten Vision des Engagements unserer Nation für die Region."

Nach Südafrika besucht Blinken die Demokratische Republik Kongo.

Afrika steht China und Russland näher

Nach Angaben der US-Agentur Bloomberg soll die US-Regierung zuletzt ihrem Verhältnis zu Subsahara-Afrika nur einen geringen Wert beigemessen haben, weil auf diese Region lediglich 1,2 Prozent des gesamten US-Handels entfallen. Zwar stiegen die bilateralen Handelsströme im Jahr 2000, nachdem die Zollgebühren für fast 7.000 Waren aus Afrika mit dem sogenannten Gesetz zur Förderung Afrikas (African Growth and Opportunity Act) aufgehoben worden waren. Der Kontinent intensivierte jedoch zugleich seine Beziehungen zu China, nachdem das Land günstige Kredite und Investitionen angeboten hatte.

Nach Angaben von Bloomberg soll auch Russland in den vergangenen Monaten im Zusammenhang mit den westlichen Sanktionen wegen des Ukraine-Kriegs seine Präsenz in Afrika ausgebaut haben. Ende Juli besuchte der russische Außenminister Sergei Lawrow im Rahmen seiner Afrika-Tour Ägypten, die Demokratische Republik Kongo, Uganda und Äthiopien. Dabei wurde eine Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern in den Bereichen Handel und Industrie erörtert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f22f25b480cc752f645e96.jpg>

US-Außenminister Antony Blinken spricht präsentiert am 8. August 2022 in der Universität Pretoria die neue US-Afrika-Strategie

17:32 de.rt.com: **Bericht: Kämpfe in der Stadt Soledar**

Die Verbände der Volksrepubliken Donezk und Lugansk kämpfen mit russischer Unterstützung im Stadtgebiet von Soledar. Dies berichtet die Nachrichtenagentur RIA

Nowosti unter Verweis auf eigene Korrespondenten vor Ort.

In dem von RIA Nowosti verbreiteten [Video](#) ist ein Aufklärungstrupp der LVR zu sehen, der mittels einer Drohne die Stadt und insbesondere das Gelände des Knauf-Gipswerks beobachtet und das Unterstützungsfeuer eines Panzers korrigiert. Ein Soldat erklärt:

"Die Unsrigen sind schon auf der dritten Straße, sie haben allmählich mit der Erstürmung des Werkes begonnen."

Am Ende des Videos besichtigen die Soldaten eine verlassene ukrainische Stellung. Wie RIA Nowosti weiter berichtet, versuchen die ukrainischen Truppen, sich in Salzbergwerken zu verschanzen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/FB1Un5teaTeNphOexxJ8ZKR4HaH9DsfzmvmW87UIDxs-2XucXHJD27mefukI7JMDyWJx-Ta2eaVCKfZOOfznIksABx8pbIIUTUtsC8kxdLqgdpIQ6kEpmprL7xDd_Vn7YykINs_9Wle_wqTP-KWWaWzCH-uNXpoeQ4auM-akV-OO-evxJhxKGy_6XsE8AL9AZJP5MCC_dfz3KeOMWuZevyTNmxyZl5OXme8--7xjIKrSNq0CogDFPn-cBbN-nwtahuLRjtBZjbAN8Ytkf3QB2a83S-OzELzTovoByycsAHShH5RCInYsEa8tM6xs-6pnp5rPZMv9LS-i08Rv2DUIjA

17:42 de.rt.com: **Regierungschef der Krim meldet ein Todesopfer nach Explosionen**

Der Regierungschef der Krim teilte am Dienstagabend mit, dass aufgrund der Explosionen in einem Munitionsdepot nahe der Siedlung Nowofjodorowka eine Person ums Leben gekommen sei.

"Leider ist eine Person verstorben", schrieb Sergei Aksjonow auf Telegram und sprach den Angehörigen des Todesopfers sein Beileid aus.



<https://cdn1.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f27e7ab480cc70741c6dd5.jpg>

Der Regierungschef der Krim, Sergei Aksjonow

abends:

18:06 de.rt.com: **"Europa zu besuchen ist kein Menschenrecht": Estnische**

Ministerpräsidentin fordert, keine Touristenvisa an Russen auszustellen

Die EU-Länder sollten keine Einreisevisa mehr an Russen erteilen, forderte die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas am Dienstag. Sie kritisierte, dass EU-Länder trotz der Schließung des Luftraums mit Russland weiterhin Schengen-Visa an Russen ausstellen. Auf [Twitter](#) schrieb sie:

"Europa zu besuchen ist ein Privileg, kein Menschenrecht."

Es sei an der Zeit, den Tourismus aus Russland zu beenden, fügte sie hinzu.

Auch die finnische Regierungschefin Sanna Marin forderte, den Touristenstrom aus Russland einzuschränken. Derzeit dürfen russische Bürger mit einem Visum aus jedem Land des Schengen-Abkommens die finnische Grenze überqueren.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 09.08.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 170 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten, 14 wurden verletzt**. 31 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zuzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung der militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik starb und 6 verletzt** wurden. Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:35 de.rt.com: Anzahl der ausländischen Söldner in der Ukraine weiterhin rückläufig

Die Anzahl der ausländischen Söldner, die in Kiew Diensten gegen die Streitkräfte Russlands und der Donbass-Republiken kämpfen, hat sich im Zeitraum zwischen dem 8. Juli und dem 5. August von 2.741 auf 2.192 Personen verringert. Dies geht aus dem offiziellen Pressebericht des russischen Verteidigungsministeriums hervor. Diese Zahlen würden berücksichtigen, dass in vergangenen Wochen weitere 175 Söldner, darunter 81 Personen aus Georgien, in die Ukraine eingereist wären. Die Anzahl der in die Ukraine neu einreisenden Söldner könne die Verluste allerdings nicht ausgleichen, erklärte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums. Er berichtete weiter:

"In der genannten Periode wurde die Eliminierung von 335 ausländischen Militanten sicher nachgewiesen. Weitere 389 Söldner haben das Gebiet der Ukraine selbstständig verlassen."

Die stärksten Personalverluste würde das Söldnerkontingent aus Polen erleiden, von denen 99 getötet wurden und 146 ausgereist seien, so die Meldung weiter. Außerdem seien in den vergangenen vier Wochen 36 kanadische, 33 rumänische und 21 US-amerikanische Söldner getötet worden.

19:10 de.rt.com: Kiew: Militärtransporter vom Typ Kirpi aus der Türkei erhalten

Die Streitkräfte der Ukraine haben Militärtransporter vom Typ Kirpi [Igel] von der Türkei erhalten, teilte der Abgeordnete der Werchowna Rada Juri Misjagin am Dienstag mit.

Demnach seien 50 Transporter bereits im Kampfgebiet, weitere 150 sollen folgen.

Die gepanzerten Mannschaftstransporter sind mit Allradantrieb ausgestattet und können neben der Besatzung zwölf Soldaten transportieren.

Die Türkei ist das einzige NATO-Mitglied, das keine Sanktionen gegen Russland verhängt

hat. Gleichzeitig leistet die Türkei der Ukraine Militärhilfe.